



## **Kantonale Volksinitiative «zäme läbe – zäme schtimme» (Ausländerstimmrecht)**

**Thomas Fuchs, Grossrat, Bern**

Zäme läbe – zäme schtimme – so lautet eine 2008 eingereichte Verfassungsinitiative. 2005 hat der Grosse Rat ein Anliegen auf Einführung des Ausländerstimmrechtes mit 97 zu 86 abgelehnt und ist auf die Vorlage gar nicht erst eingetreten. In der Folge bildet sich ein überparteiliches linkes Komitee, welches letztendlich 15'226 gültige Unterschriften einreichte. Nötig sind im Kanton Bern für eine Initiative 15'000 Unterschriften.

Der Absender dieser äusserst knapp zustande gekommenen Forderung ist jedoch höchst problematisch und erleichtert Wankelmütigen den Entscheid. Ich nenne nur einige Initianten:

Ricardo Lumengo, Nationalrat der SP, angeklagt wegen Urkundenfälschung  
Rolf Zbinden, Stadtrat der PdA, Berufsschullehrer, verurteilt wegen Landfriedensbruch und Nötigung anlässlich des SVP-Umzuges in Bern sowie wegen Gewalt und Drohung gegen Beamte

Hasim Sancar, Stadtrat vom Grünen Bündnis, Kämpfer für höhere Steuern und Abgaben, persönliche Einkommenszahlen: Einkommen Null, Vermögen Null

Willi Egloff, Rechtsanwalt der Demokratischen Juristen, Rechtsvertreter der Berner Reitschule und der GsoA

Maxime Zuber, Stadtpräsident von Moutier und glühender Jurafanatiker

Das Initiativ- und das Unterstützungskomitee lesen sich wie eine Auflistung aller bekannten Linken und Linksextremen. Dass da die Kommunistische Jugend ebenso wenig fehlen darf wie die CVP des Südjura ist dann nur noch logisch.

Die Verfassungsinitiative verlangt:

"Art. 114

1 Das Stimmrecht steht jeder Person zu, die in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt ist und seit drei Monaten in der Einwohnergemeinde wohnt.

**2(neu)** Die Einwohnergemeinden können Ausländerinnen und Ausländern das Stimmrecht einräumen, wenn diese das 18. Altersjahr zurückgelegt haben, ununterbrochen seit zehn Jahren in der Schweiz und seit fünf Jahren im Kanton wohnen und zudem seit drei Monaten in der Einwohnergemeinde wohnhaft sind."

Die rot-grüne Regierungsmehrheit hat dem Grossen Rat die Annahme dieser Initiative beantragt. Der Grosse Rat hat jedoch mit 81 zu 70 Stimmen die Ablehnung be-

geschlossen. Es liegt nun an Ihnen, werte Stimmberechtigte, den endgültigen Entscheid zu treffen.

Wollen Sie das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene ermöglichen oder nicht?

Machen wir uns nichts vor. Wenn die Möglichkeit besteht, werden die Städte Bern, Biel und Moutier diese Möglichkeit noch dieses Jahr in die Wege leiten. Die Forderungen nach einem kantonalen Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer und danach die Forderung nach einem eidgenössischen Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer wären dann nur noch eine Frage der Zeit.

Das Ausländerstimmrecht ist abwegig und realitätsfremd, denn es würde die Attraktivität des Standortes Bern für zuwandernde Ausländer vergrössern und deshalb das Ausländerproblem noch verschärfen.

Integration ist nicht in erster Linie eine Aufgabe der Behörden, sondern eine Pflicht des Einwanderers. Die Politik muss dringend darauf ausgerichtet werden, die Sogwirkung unserer Gesellschaft auf Zuwanderer zu stoppen. Die Integrationsbemühungen haben sich auf die Zurverfügungstellung von Deutschkursen und andere Beratungen zu beschränken. Es dürfen keine speziellen Einrichtungen oder Fachstellen nur für Ausländer betrieben oder subventioniert werden.

Insgesamt hat sich die Ausländerpolitik primär an den Interessen der Schweizer Bewohner zu orientieren. Die Bevölkerung ist über die unkontrollierte Masseneinwanderung zu Recht zunehmend beunruhigt. Immer mehr Schweizer empfinden leider gegenüber Ausländern ein ungutes Gefühl. Eine Lösung des Einwanderungsproblems liegt deshalb nicht zuletzt auch im Interesse des friedlichen Zusammenlebens von Schweizern und Zugezogenen. Wer sich nicht integrieren will oder unser Gastrecht missbraucht, muss ausgeschafft werden. Die Gewährung des Ausländerstimmrechtes führt daher in die falsche Richtung.

Aktueller denn je sind die Worte des damaligen Berliner Regierungspräsidenten Richard von Weizsäcker in seiner Regierungserklärung vom 2. Juli 1981:

«Nur wenn es gelingt, wirksame Massnahmen gegen einen weiteren Ausländerzuzug zu ergreifen, werden wir mit denen, die hier verbleiben, zu einer menschenwürdigen Mitbürgerschaft kommen»

Die Forderung nach einem Stimmrecht für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger ist nicht neu. Seit vielen Jahren wird dies von Gewerkschaften, kirchlichen Organisationen, karitativen Verbänden und vor allem von linken Parteien immer und immer wieder verlangt und wir werden von dieser Forderung wohl auch in Zukunft nicht verschont. Insbesondere vor Wahlen häuft sich die Wiederholung dieser Forderung auffällig. Selten bis nie hört man von den Initianten jedoch die Forderung, wonach Ausländer auch alle Pflichten übernehmen sollen. Ich denke dabei insbesondere an die Wehrpflicht in unserer Milizarmee.

Die politische Linke, flankiert von den Kirchenorganisationen, unternimmt ungeachtet der NEIN-Entscheidung des Volkes immer wieder neue Anläufe. Wenn es auf eidgenössischer Ebene nicht klappt, versucht man es auf der kantonalen Stufe und ist dort

auch nichts zu machen, dann probiert man es halt auf der Gemeindeebene. Das Ziel ist jedoch allzu durchsichtig: Was auf Gemeindeebene beginnt, will man dann rasch möglichst ausdehnen. Um den Bürgerlichen das Anliegen schmackhaft zu machen, lobt man für einmal die Gemeindeautonomie in den Himmel und erwähnt, dass es ja keine Pflicht sei, dass eine Gemeinde das Ausländerstimmrecht dann auch einführen müsse.

Merken Sie etwas? Genau diejenigen, die solches behaupten, wissen doch ganz genau, dass die entsprechenden Vorstösse bereits pfannenfertig verfasst in der Schublade bereit liegen. Die heutige Freiwilligkeit wird morgen zur Pflicht!

Sie haben also heute einen politischen Richtungsentscheid zu fällen. Es ist keine Diskussionsrunde über mehr oder weniger Gemeindeautonomie. Das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer wurde in der deutschsprachigen Schweiz immer wieder klar abgelehnt und die SVP und die Junge SVP sind überzeugt, dass dies auch künftig so sein wird. 1996 hat der Kanton Aargau das Ausländerstimmrecht mit 85 % abgelehnt. 2003 und 2004 scheiterten zudem Versuche in den Kantonen Zürich und sogar in Basel-Stadt.

Wie sähe übrigens das Stimmverhalten der Ausländer aus? In der Schweiz liegt meines Wissens leider keine Studie vor. Anders in Deutschland. Vom "Zentrum für Türkenstudien" in Essen wurde unter 1'412 Ausländern aus verschiedenen Herkunftsländern eine Umfrage zu ihrem Wahlverhalten durchgeführt: Ausländer, welche vielfach untere Lohngruppen besetzen, wählen Parteien, die herkömmlich als Interessenvertreter der Unterschicht gelten, also Sozialisten und Kommunisten. Diese Parteien sind darüber hinaus in den meisten Ländern Südeuropas ebenfalls vertreten. Mitentscheidend für das Wahlverhalten war auch, dass sich die Ausländer durch eine Partei, die sich gerade verstärkt für ihre Rechte einsetzt, besser vertreten fühlen. Es ist daher kein Wunder, dass das kommunale Wahlrecht vor allem von den Sozialdemokraten, aber auch von den Grünen befürwortet wird.

Das Fazit ist klar: Wir erachten die Zeit als nicht reif und im Ansatz falsch.

Eine echte Integration der ausländischen Wohnbevölkerung hängt nicht in erster Linie davon ab, ob diese hier Stimmberechtigt sind. Mitbestimmung und Mitverantwortung kann man auch sonst übernehmen und Integration erfolgt zuallererst durch das Beherrschen der Landessprache.

Es gibt zudem Alternativen zur Einführung eines Ausländerstimmrechtes. Jeder, der aktiv an der Politik in unserem Land bzw. in seiner Gemeinde teil nehmen will, kann sich um die Einbürgerung bemühen. Sie erhalten dann das volle Stimm- und Wahlrecht. Den Erwerb der Schweizer Staatsbürgerschaft will aber nicht jeder Ausländer. Viele Heimatländer entlassen nämlich ihre Staatsbürger nicht aus der Staatsbürgerschaft, da sie ganz bewusst keine doppelte Staatsangehörigkeit wollen. Für viele Ausländer würde der Verlust der Staatsangehörigkeit des Heimatlandes einen letzten schmerzlichen Trennungsstrich zu ihrer Heimat bedeuten. Viele Ausländer wollen dies nicht und zeigen damit letztlich, dass ihre eigentliche Heimat im Herzen halt doch anderswo als in der Schweiz liegt. Spätestens bei den Fussballmatches zeigt sich übrigens jeweils sehr rasch, für welches Heimatland man jubelt.

Werte Delegierte der SVP, kämpfen Sie mit aller Kraft gegen die sich ewig wiederholende Forderung nach dem Ausländerstimmrecht.  
Ich bitte Sie, die Vorlage "zäme läbe – zäme schtimme" am 26. September 2010 klar abzulehnen, am liebsten einstimmig, denn je deutlicher das Resultat ausfallen wird – um so länger wird der Volksentscheid Wirkung zeigen!  
Auch der nächsten Generation zuliebe!

Herzlichen Dank!